

Wir Berlinerinnen

*Mitteilungsblatt des Landesfrauenrats Berlin und
seiner Mitgliedsverbände*

Inhalt

Frauenpolitik Berlin- Brandenburg

Die Wahlprüfsteine 2002

Frauenpolitik als Querschnitts-
aufgabe

Plenarsitzung mit Senator Gysi

Frauenpolitik im Bund

Wir Frauen in Europa

Die Konferenz der Landesfrauen-
räte 2002

LFR aktuelle Debatte

Grundsätze der Finanzpolitik
in Deutschland und Europa

LFR Netzwerk

Frauengesundheit in Bewegung
Das Feministische Frauen Ge-
sundheits Zentrum e.V.

Bundesverband der Frau im
freien Beruf und Management
B.F.B.M.

LFR Nachrichten

LFR Kultur und Medien

Buchtipps

Liebe Leserinnen

Rechtzeitig zur Sommerpause finden Sie in der vorliegen-
den Ausgabe von *Wir Berlinerinnen* die von uns vorge-
schlagenen Wahlprüfsteine, so dass Sie noch Zeit und
Muße haben, Ihre favorisierte Partei auf Herz und Nieren
zu prüfen.

Außerdem haben wir für Sie zwei Berichte: über die letzte
Plenarsitzung mit Senator Gysi und über die Konferenz
der Landesfrauenräte, die dieses Jahr vom 31. Mai - 2.
Juni in Bremen stattgefunden hat. Es stellen sich das Fe-
ministische Frauen Gesundheits Zentrum und der Bun-
desverband der Frau im freien Beruf und Management
vor, und wie immer finden Sie aktuelle Nachrichten und
Buchtipps.

Wir wünschen Ihnen viel Spaß beim Lesen.

Ihr

Landesfrauenrat Berlin e.V.



LANDESFRAUENRAT BERLIN E.V.

Frauenpolitik Berlin-Brandenburg

Die Wahlprüfsteine 2002

Der Frauenpolitische Rat, ein Zusammenschluss von 24 Frauenverbänden, -organisationen und -vereinen sowie Frauengruppen der Gewerkschaften, Kirchen und Parteien im Land Brandenburg, hat zusammen mit seinen Mitgliedsverbänden zur Bundestagswahl am 22. September 2002 die nachfolgenden Wahlprüfsteine zusammengestellt. Wir empfehlen insbesondere Frauen im gesamten Land Brandenburg – und Berlin – eine sehr gründliche Prüfung ihrer Wahlentscheidung.

- Wer prüft?** Sie, die Wählerinnen und Wähler in Stadt und Land, Junge und Alte, denen ihr eigenes Leben, das anderer Menschen und das ganze Land nicht gleichgültig sind.
- Wen prüfen?** Frauen und Männer aller Parteien, die sich zur Wahl stellen und für Jahre über Politik in Deutschland und damit über das Schicksal aller Frauen, Männer und Kinder mitentscheiden.
- Warum prüfen?** Weil Sie so die Chance haben, zukünftige Abgeordnete in die Pflicht zu nehmen, Ihre Interessen wirklich zu vertreten, und nicht über den Kopf der Bürgerinnen und Bürger hinweg zu regieren.
- Wie prüfen?** Bei jeder Gelegenheit, hartnäckig und mit konkreten Fragen. Haben Sie den Mut, dies auch öffentlich zu tun. Unsere Wahlprüfsteine sollen Ihnen Anregungen geben zur Formulierung Ihrer eigenen Fragen.

Gehen Sie zur Wahl, bringen Sie Ihr Wissen, Ihre Lebenserfahrung und Ihre soziale Verantwortung ein.

Nutzen Sie die seltene Gelegenheit und

- fragen Sie die Parteien und Abgeordneten, was aus ihren Versprechungen zur Bundestagswahl 1994 und 1998 geworden ist.
- fragen Sie die Kandidatinnen und Kandidaten sowie deren Parteien, wie sie die zukünftige Frauen- und Familienpolitik gestalten wollen.

Gesellschaftsvertrag

Welche Visionen haben Sie und Ihre Partei für einen neuen **Gesellschaftsvertrag zwischen den Geschlechtern** und den Generationen sowie zwischen Arm und Reich, und wie sehen Ihre nächsten konkreten Schritte aus?

Welche Vorstellungen haben Sie, um „Gender Mainstreaming“ durchzusetzen?

Sehen Sie die Notwendigkeit einer gezielten **Mädchenförderung** im Rahmen des Bundesjugendplanes?

Wie werden Sie sich für eine eigenständige und existenzsichernde **Alterssicherung** aller Menschen, besonders von Frauen, einsetzen?

Was halten Sie von einer **gesetzlich garantierten Unterstützung von Trägern der Frau- enarbeit** analog zur Kinder- und Jugendhilfe?

Wie werden Sie sich dafür einsetzen, dass **Gremien und Parteiämter paritätisch** mit Frauen und Männern besetzt werden?

Welche Konzepte unterstützen Sie, damit Frauen aller Altersgruppen sich eine **eigenständige Existenzsicherung** aufbauen können?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, dass die **Wahlstatistiken** wieder aufgeschlüsselt nach Männern und Frauen geführt werden?

Menschenrechte

Wie setzen Sie sich für das **Selbstbestimmungsrecht** von Frauen über ihr Leben, ihren Körper und ihre Sexualität ein?

Was tun Sie zur Stärkung des Schutzes von Frauen vor **Diskriminierung im Arbeitsleben** und in der Familie?

Was tun Sie zur **Prävention, Ächtung und Abwehr von Gewalt gegen Frauen** und Mädchen?

Welche Schritte werden Sie anregen um den Aktionsplan der Bundesregierung zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und Kinder umzusetzen?

Wie engagieren Sie sich für die Umsetzung dieses Bundesaktionsplanes auf Landesebene?

Wie setzen Sie sich für die **gleichberechtigte Integration von Ausländerinnen und Ausländern** in Deutschland ein?

Bejahen Sie ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für Frauen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten und erkennen Sie den Tatbestand „sexuelle Gewalt“ als Asylgrund an?

Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Treten Sie für den Erhalt und Ausbau eines flächendeckenden Netzes an **Kinderbetreuungseinrichtungen** in der gesamten BRD ein?

Inwieweit unterstützen Sie Länder und Kommunen beim Ausbau bedarfs- und qualitätsgerechter **Ganztagschulen** sowie bezahlbarer **Ganztagsbetreuung** von Krippe bis Hort einschließlich Mittagsversorgung und flexibler Öffnungszeiten?

Können Sie sich vorstellen, statt weiterer Kindergelderhöhungen diese Mittel für den **kostenfreien Besuch des Kindergartens** einzusetzen?

Welche Konzepte gibt es von Ihnen und Ihrer Partei, damit **auch Väter ihre Familienrolle** besser wahrnehmen können und wie gehen Sie **persönlich** damit um?

Steuerreform

Würden Sie eine Steuerreform vertreten, die

- durch **Abschaffung des Ehegattensplittings** sowie des Haushaltsfreibetrages für allein Erziehende der konsequenten Individualbesteuerung den Weg frei macht?
- das **steuerfreie Existenzminimum** auf 9.250 EUR pro Person im Jahr anhebt?
- über **kindbezogene Entlastungen alle Familienformen** gleich behandelt und ein einheitliches Kindergeld von mindestens 300 EUR gewährt?
- den **Haushaltsfreibetrag** für Alleinerziehende so lange beibehält, wie das Ehegattensplitting besteht?
- eine **elternunabhängige Grundsicherung für Kinder** von 600 EUR gewährt?
- eine **Steuerflucht der Firmen** ins Ausland verhindert?

Gesundheit

Wie stehen Sie zur Anerkennung und Einbeziehung **alternativer und ergänzender Heil- und Präventionsmethoden** als Bausteine innerhalb der Gesundheitsförderung bei Krankenkassen und in der gesamten Gesundheitspolitik?

Welche Möglichkeiten sehen Sie, **Forschungsaufträge zur Frauengesundheit** stärker zu fördern?

Wie werden Sie sich für bezahlbare **präventive Gesundheitsmaßnahmen** (Kuren, Therapien, Kurse) für Frauen und Kinder einsetzen?

Wie setzen Sie sich für die Anerkennung und Förderung der Arbeit von **Frauengesundheitszentren und Beratungsstellen** in der Gesundheitspolitik ein?

Erwerbstätigkeit für Frauen

Mit welchen Maßnahmen setzen Sie sich für den Erhalt und die Schaffung von **Arbeitsplätzen sowie beruflichen Aufstiegsmöglichkeiten für Frauen** ein?

Was tun Sie, um den Anteil von Frauen in Forschung und Lehre zu erhöhen?

Wie setzen Sie sich für **betriebliche Ausbildungsplätze für Mädchen** und deren Übernahme in ein 1. Arbeitsverhältnis ein?

Welche Vorstellungen haben Sie zur Beschäftigungssicherung für Frauen; insbesondere auf dem **1. Arbeitsmarkt** ohne Einkommens- und Lohndiskriminierung?

Welche Meinung haben Sie zur Verkürzung der **Lebensarbeitszeit** von Frauen?

Existenzsicherung

Was tun Sie und Ihre Partei, um die beabsichtigte Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe zu verhindern?

Sind Sie für die Gewährleistung des **Mutterschafts- und Erziehungsgeldes mit Lohnausgleich** bzw. in Höhe eines Durchschnittsverdienstes?

Wird es mit Ihrer Partei ein **existenzsicherndes Kindergeld** geben?

Beabsichtigen Sie die Verlängerung der Bezugsdauer von Leistungen nach dem **Unterhaltungsvorschussgesetz**?

Welche Maßnahmen beabsichtigen Sie, um in Zukunft zu verhindern, dass **Kinder das Armutsrisiko Nr. 1** sind?

Planen Sie weitergehende **Unterstützung für Familien** mit Kindern, unabhängig von der gelebten Familienform?

Wann und wie werden Sie sich für die Gleichsetzung der Regelbeträge beim **Kindesunterhalt in Ost und West** einsetzen?

Wohnen/Verkehr

Welche konkreten Schritte unternehmen Sie in Ihrer Partei, um den ständigen **Mietsteigerungen** Einhalt zu gebieten?

Welche Konzepte unterstützen Sie, damit **Wohnen für Familien** nicht zum Luxusgut wird?

Welche Möglichkeiten der Einflussnahme sehen Sie um frauen- und kindgerechten Wohnungsbau umzusetzen?

Wie werden Sie ein ökologisches, umweltfreundliches **Verkehrsnetz in Deutschland** unterstützen?

Diese Wahlprüfsteine wurden vom Frauenpolitischen Rat Land Brandenburg e.V. erstellt.

Frauenpolitischer Rat Land Brandenburg e.V.
 Heinrich-Mann-Allee 7
 14 473 Berlin
 Fon: 0331/280 35 81
 Fax: 0331/24 00 72
FrauPolRat@t-online.de
www.frauenrat-brandenburg.de

Frauenpolitik als Querschnittsaufgabe

Wirtschafts-, Arbeits- und Frauensensor Gregor Gysi zu Gast auf der Plenarsitzung des Landesfrauenrates am 27. Mai 2002

Gespannt sitzen die Delegierten der Mitgliedsverbände nebst einigen Gästen auf ihren Stühlen und warten auf den Frauensensor. Die Spannung steigt, als er zur angekündigten Stunde nicht erscheint. Unruhe, leises Tuscheln, die Zeiger diverser Armbanduhrer schieben sich unaufhaltsam Minute um Minute über die Zifferblätter. Kein Gysi. Kurzerhand wird TOP 3 vorgezogen: Aufnahme eines neuen Mitgliedsverbandes. Während sich die Hände der Stimmberechtigten in die Höhe recken, klingelt es. Senator Gysi eilt strahlend, wenn auch sichtbar erschöpft, persönliche Assistentin und Bodyguards im Gefolge in den Sitzungsraum – mitten in die Abstimmung. Pech gehabt. Jetzt muss der Frauensensor warten, bis die Aufnahme der Feministischen Partei die Frauen zum ordnungsgemäßen Ende gebracht wird.

Aber dann geht's endlich los.

Grundsätzlich und zuallererst wäre ihm die Umbenennung des Ressorts „Frauen“ in „Genderpolitik“ am liebsten. Doch so weit ist die Verwaltung noch nicht. Schade. Forschung und Theoriebildung an den Universitäten sind da schon weiter, werden doch dort inzwischen Genderdiskurse geführt und statt Frauenforschung Genderstudies angeboten. Immerhin wurde durch die Angliederung des Frauenressorts an die Bereiche Wirtschaft und Arbeit die unselige Verknüpfung von Frauen und Soziales zum „Sozialfall Frau“ umgangen. Doch verwaltungstechnische Verortung hin oder her, letztendlich ist und bleibe, so der Frauensensor, die Herstellung von Geschlechtergerechtigkeit und Chancengleichheit eine Querschnittsaufgabe, der die anderen Senatsverwaltungen sowohl inhaltlich als auch materiell Rechnung zu tragen haben.

Die Idee vom „Sonderfall Frau“, der aufgrund besonderer Problemlagen mittels Politik einer Sonderbehandlung mit dem Ziel der Gleichbehandlung erfahren solle, ist erfreulicherweise offenbar durch den Blickwinkel auf beide Geschlechter und ihre Rolle in der Gesellschaft ersetzt worden – wenn auch noch nicht sprachlich so doch inhaltlich. Die Koalitionsvereinbarung jedenfalls setzt Gender Mainstreaming ganz oben auf die Liste der zu erledigenden Aufgaben.

Konkretes zur Umsetzung gibt es auch schon, so Gysi: Zum einen hat es sich seine Verwaltung zum Ziel gesetzt, eine Gender-Mainstreaming-Checkliste zu erstellen, die Erfahrungen z.B. der skandinavischen Länder einbezieht und bundesweit Anwendung finden soll. Für die Verwirklichung von Gender Mainstreaming in der Berliner Verwaltung werden insgesamt 4 Stellen aus dem Überhang für 3 Jahre bereitgestellt, deren Aufgabe zunächst die exemplarische Umsetzung in 1 oder 2 Hauptverwaltungen, einer Bezirksverwaltung und verschiedenen öffentlichen Einrichtungen sein wird. Eine Übertragung des Konzeptes auf die gesamte Berliner Verwaltung ist für 2004 geplant. Aber vorher sei noch viel Überzeugungsarbeit zu leisten, räumt Gysi ein. Große Teile der Senatsverwaltungen glänzten noch durch Ahnungslosigkeit, wenn der Begriff Gender Mainstreaming falle. Da wird man oder vielmehr die InhaberInnen der neu geschaffenen Stellen noch Pionierarbeit leisten müssen. Doch Gysi weiß – aus inzwischen mannigfacher Erfahrung aus dem Alltag eines Frauensensors – auch wie: Den Nutzen für die Wirtschaft stellt er in den Vordergrund, falls das „Gerechtigkeitsargument“ nicht zieht. (Hat es das jemals wirklich, wenn es um Geld ging?) Und am besten lässt man die trockene Theorie außen vor, an die erinnert sich hinterher ja doch niemand mehr. „Bilder kann sich jeder merken – auch Männer“, Gysi lächelt verschmitzt, und die Zuhörerinnen sind ganz angetan: Einen Vorteil hat so ein Frauensensor: Ein Mann weiß wirklich, wie ein Mann denkt.

Da auch die Gleichstellung der Geschlechter – wie (fast) alles im Leben – an den schnöden Mammon geknüpft ist, fällt auch der Begriff des Gender Budgeting. Der wird zwar nicht im Koalitionsvertrag erwähnt, doch wichtig findet Gysi ihn trotzdem. Zu dumm, dass es bislang noch keine adäquaten Methoden zur geschlechtsspezifischen Erfassung der Geldvergabe resp. der Ausgaben gibt. Die Entwicklung einer solchen Methode steht aber auch auf der bereits erwähnten Zu-erledigen-Liste – wenn auch nicht ganz so weit oben. Ob und inwieweit eine Analyse der Verteilung öffentlicher Mittel auch tatsächlich zu einer Änderung in der Praxis führt, erfahren wir allerdings nicht. Aber ein Schritt in die richtige Richtung ist mit der Verpflichtung des Berliner Berichtswesens zur Führung geschlechtsspezifischer Statistiken bereits getan.

Im Moment hat jedoch der Erhalt des Status quo in der Haushaltsdebatte oberste Priorität. Zwar geht es nicht mehr um eine 40%ige Kürzung des Frauenbudgets, wie die taz Anfang März noch berichtete,* aber immerhin standen 800.000 Euro anfänglich auf dem Spiel. Doch Gysi kämpfte wie eine Löwenmutter um den ohnehin schon winzigen Frauenetat. Und das offenbar mit Erfolg: Er konnte die Kürzungen auf 180.000 Euro drücken. Das bedeutet eine Weiterfinanzierung aller bestehenden Frauenprojekte (auch der Landesfrauenrat soll im gleichen Umfang wie 2001 gefördert werden), mit einer Ausnahme. Namentlich nennen will Gysi diese Ausnahme natürlich nicht. Seit der Beschließung des Doppelhaushalts 2002/2003 Ende Juni wissen wir jedoch mehr: Dem Ost-West-Europäischen Frauennetzwerk OWEN wurde die gesamte öffentliche Förderung in Höhe von 161.000 Euro gestrichen. Dass auch die Weiterfinanzierung der anderen Projekte nicht uneingeschränkt positiv zu beurteilen ist, ist auch dem Frauensensor klar. Die Erhaltung des Status Quo beinhaltet die Beibehaltung Vergütung der in den Projekten tätigen Frauen auf dem Stand von 1995. Daran kann Gysi nichts ändern, auch wenn er gerne würde, wie er versichert. Noch einmal betont der Frauensensor, dass sich – ganz im Sinne von Gender Budgeting – der Frauenetat nicht auf die finanziellen Mittel aus seinem Ressort beschränken dürfe, sondern alle Senatsverwaltungen ihr Scherflein dazu beitragen müssten. Aber dass andere das anders sehen, weiß er, stößt er doch schon im eigenen Hause, beim Staatssekretär für Wirtschaft auf wenig Kooperationsbereitschaft.

Da wird er wohl als Frauensensor eine Menge „Nerven“, wie er selbst sagt, beweisen müssen.

Und die sind ihm zu wünschen. Denn guter Wille und fleißiges Einarbeiten in „Frauenfragen“ allein werden nicht reichen, um den an ihn gestellten Aufgaben gerecht zu werden. Frauenpolitik ist ein zähes Geschäft, bei dem es wenig Lorbeeren zu ernten gibt, und darüber hinaus ziemlich anstrengend – aber das hat Gregor Gysi inzwischen sicher selbst gemerkt. Denn zufrieden und gut gelaunt, aber angestrengt sieht er aus, als er zum nächsten Termin aufbricht – zu dem er auch zu spät kommen wird.

Anja Feldhorst

* Adrienne Woltersdorf: „So nicht, meine Herrn“ Weibliche Formulierungen in Senatsvorlagen und eine Hotline. Was hat der Frauensensor Gregor Gysi bislang für die Frauen der Stadt getan? In: taz Berlin Nr. 6695 vom 08.03.2002, Seite 31.

Frauenpolitik im Bund

Wir Frauen in Europa

Die Konferenz der Landesfrauenräte, 31. Mai – 2. Juni 2002, Bremen

Nach einem Rundgang in der Altstadt Bremens und einem Empfang im Rathaus, bei dem Karin Röpke (Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales) alle Anwesenden willkommen hieß, erfolgte am Abend des ersten Tages eine kurze Berichterstattung über das vergangene Arbeitsjahr der einzelnen Landesfrauenräte.

Die Fachtagung am Samstag lief unter dem Titel: Wir Frauen in Europa.

Die Begrüßung erfolgte durch die 1. Vorsitzende des Bremer Frauenausschusses e.V./Landesfrauenrates Bremen, Frau Annedore Windler.

Als erste Rednerin sprach Frau Christa Seeliger, die 2. Vorsitzende des Deutschen Frauenrates. Sie stellte den Deutschen Frauenrat (mit 56 Mitgliedsverbänden und 11 000 000 Frauen) vor. Sie berichtete, dass der Deutsche Frauenrat und die Landesfrauenräte historisch unabhängig voneinander gewachsen seien und gleichwertig nebeneinander existieren. Auf die Frage, wie die Landesfrauenräte und der Deutsche Frauenrat zukünftig enger zusammenarbeiten könnten, führte sie folgende Vorstellung aus: „Die Landesfrauenräte sollten zukünftig ihre Anliegen dem Deutschen Frauenrat vortragen, denn dieser bekäme Ministergespräche. Der Deutsche Frauenrat sollte seine Ideen hingegen nach unten leiten, damit die Landesfrauenräte Aktionen vor Ort anregen könnten.“

Im Anschluss daran sprach Frau Prof. Dr. Ulrike Lieber vom Jean-Monnet-Zentrum über „Gender Mainstreaming – ein europäisches Zauberwort oder ein Bumerang für Frauen?“ Beim Gender Mainstreaming handele es sich um eine neue Strategie, die sich in den letzten Jahren auf höchsten Regierungsebenen durchgesetzt habe, manche würden jedoch befürchten, dass sich Gender Mainstreaming als ein Bumerang für die Frauenpolitik herausstellen könnte. Das System sei zu unspezifisch. Man könne damit alles und nichts begründen. Man könne damit auch Männer fördern. Bei den auf der Konferenz anwesenden Frauen taten sich große Zweifel auf. Neu seien zwar die weitgehenden statistischen Auswertungen, auf denen das neue Prinzip beruhe, aber handele es sich bei Gender Mainstreaming letztendlich nicht nur um alten Wein in neuen Fässern? Frau Prof. Liebert wies dies zurück: Nein, sie denke, es handele sich tatsächlich um einen neuen Ansatz.

Dem schloss sich der Vortrag von Prof. Benzzone Choluj an. Frau Benzzone Choluj berichtete in ihrem Beitrag mit dem Titel „Polnische Frauenfragen mit Blick auf die EU/Rechtsangleichung und Arbeitsmarkt“ vor allem über jene Schwierigkeiten, die sich aus dem dortigen Verständnis von Katholizismus ergeben: „Frauen in Polen müssen lernen, dass Frauenarbeit keine Sünde ist.“ Der Status der Polin besteht in erster Linie darin, Mutter zu sein, eine Frau, die man oberflächlich hofiert, als erste durch die Tür gehen lässt, die aber nicht arbeiten geht oder gar in der Politik aktiv ist. Dabei beruft man sich auf christliche Werte und die Vorgaben der Amtskirche. Diese Kirche stelle nun Bedingungen an die Regierung. Und im Rahmen des Eintritts Polens in die EU fände ein wahrer Handel mit Frauenrechten statt. „Die neuen Gesetze haben wir, aber von Europa können wir nur träumen.“

Den letzten Vortrag vor dem Mittagessen hielt sodann Frau Ewa Klamt, Mitglied des Europäischen Parlamentes, zum Thema „Innere Sicherheit aus fraulicher Sicht“. Sie betonte, dass sie es für ganz wichtig halte, dass Frauen sich im Europäischen Parlament in alle Bereiche und in alle anstehenden Fragen einmischen. Denn dass zum Beispiel die offenen Grenzen ganz wunderbar sind, hat auch schon die organisierte Kriminalität entdeckt. Zum Beispiel im Bereich Menschen schmuggel (Männer und Frauen, die dafür Geld bezahlt haben, werden ins Land gebracht) und Menschenhandel (überwiegend Frauen und Kinder, jährlich um die 70 000, werden unfreiwillig ins Land gebracht und zur Prostitution gezwungen) stößt man auf

erschreckende Zahlen. Überall dort tun sich Probleme auf und müssen Regelungen gefunden werden, die auch die Frauen betreffen.

Nach dem Mittagessen im Flughafenrestaurant gab es dann die letzten beiden Vorträge dieses Tages. Zunächst hielt Dr. Hans Junkermann, Projektleiter des Mammografie-Screening-Modell-Projektes Bremen, einen einführenden Vortrag zum Thema „Mammografie-Screening in Europa – bald auch flächendeckend in Deutschland?“ Er berichtete von dem Bremer Modellprojekt: Zunächst hatte man sich an gesunde Frauen gewandt und anfänglich 5933 eingeladen. Von diesen nahmen letztendlich ca. 45% vollständig an dem Projekt teil. Und tatsächlich, die Ergebnisse, die man sich von den Studien erwartet hatte, sind tatsächlich eingetreten. Bei 1% der Frauen konnten Knoten im Frühstadium festgestellt werden. Durch die Mammografie kann die Diagnose ca. 3 Jahre früher erstellt werden. Die Heilungschancen können dadurch entscheidend verbessert werden. Letztendlich können trotz der Kosten, die das Mammografie-Screening verursacht, Gelder eingespart werden, denn die hohen Kosten für spätere Operationen entfallen. - Wichtig bleibt jedoch, dass, wenn es zukünftig in Deutschland zu einer vermehrten Anwendung der Methode kommt, die Qualität der Geräte und die Qualifizierung des Personals gesichert werden muss.

Und auch auf der europäischen Ebene ist Brustkrebs und Mammografie ein wichtiges Thema. Karin Jöns, Europaabgeordnete und Präsidentin von EUROPA DONNA, stellte in ihrem Vortrag, „Eine europäische Strategie gegen Brustkrebs“ fest; dass Deutschland im Vergleich mit anderen europäischen Mitgliedsländern immer noch ein Entwicklungsland ist.

Nach diesem theoretischen Einführungen fuhren die Vertreterinnen der Landesfrauenräte selbst ins Bremer Mammografie-Screening-Zentrum, um die Gegebenheiten vor Ort zu besichtigen.

Am letzten Tag der Konferenz wurde sodann über die Anträge der Landesfrauenräte abgestimmt. Bei der Diskussion und Beschlussfassung der Konferenz der Landesfrauenräte fanden folgende Anträge die Ländermehrheit:

- 1) Die Bundesregierung wird aufgefordert, dass Strafmaß bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung widerstandsunfähiger Personen dem § 177 festgesetzten Strafmaß bei sexuellem Missbrauch und Vergewaltigung von Frauen und Mädchen gleichzusetzen.
- 2) Die Konferenz der Landesfrauenräte begrüßt, dass einige Landesregierungen mit Inkrafttreten des Gewaltschutzgesetzes eigene gesetzliche Regelungen bzw. klärende Erlasse im Hinblick auf eine Wegweisung aus der Wohnung getroffen haben. Die übrigen Landesregierungen werden aufgefordert, die entsprechenden Landesgesetze im Sinne des am 1. Januar 2002 in Kraft getretenen Gewaltschutzgesetzes im Hinblick auf eine Platzverweisregelung aus der Wohnung zu ändern bzw. durch Erlass zu konkretisieren.
- 3) Die KLFR erklärt sich mit der Protestaktion des VAMV unter dem Motto „Ich bin kein Single“, mit der dieser sich gegen den Abbau bzw. Wegfall der Steuerklasse II ab 01.01.2002 wendet, solidarisch. Die KLFR fordert den Gesetzgeber auf, die steuerliche Belastung von Einelternfamilien so zu gestalten, dass sie den Prinzipien der steuerlichen Leistungsfähigkeit und steuerlichen Gerechtigkeit entspricht.
- 4) Das Thema „Reflexive Koedukation“ – Erziehung zur Gleichberechtigung – muss über alle Phasen der Lehrerinnen- und Lehrerbildung hinweg verpflichtend behandelt und in allen Prüfungsverordnungen verankert werden: in Universität, Praktikum, Referendariat und Fortbildung. Ferner soll das Thema „Reflexive Koedukation – Erziehung zur Gleichberechtigung“ Aufnahme finden in die Liste der Themenschwerpunkte der Kultusministerkonferenz.

Die Konferenz der Landesfrauenräte 2003 wird im späten Herbst nächsten Jahres in Hamburg stattfinden.

LFR aktuelle Debatte**„Grundsätze der Finanzpolitik in Deutschland und Europa: Bilanz und Perspektive“**

Offensichtlich handelt es sich bei dem Thema Finanzpolitik um ein noch immer männlich besetztes Thema. Frauen waren in der absoluten Minderzahl. Und da die Presse immer so gern die Kleidung von Frauen erwähnt, hier etwas zu der männlichen Kleidung: Ich habe selten so viele Herren in geschmacklosen karierten Sakkos und ausgetretenen Schuhen gesehen. Angesichts des Umstandes, dass der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung eingeladen hatte, für mich eine Überraschung.

Nach einer kurzen Einleitung des Vorsitzenden des Managerkreises, Herrn Ulrich Pfeiffer, hielt der Bundesminister der Finanzen, Hans Eichel - im mittelgrauen einreihigen Anzug, dezentere Krawatte und leicht gebräunt (dabei kommt die Sommerpause erst noch) - seine Rede:

Als herausragendes Ereignis in der Finanzpolitik wertete er die Euro-Einführung Anfang des Jahres, wodurch das Wechselkursrisiko innerhalb der teilnehmenden Staaten entfalle. Auch wenn der Euro als Buch-Geld schon 1999 eingeführt worden sei, sei die Einführung des Bargeldes spürbarer, weil jeder Bürger das Geld jetzt mit „Händen greifen“ könne. Angesichts der derzeitigen „Teuro“-Diskussion verwies er darauf, dass zur Zeit die niedrigste Inflation seit Jahren herrsche. Durch die Euro-Einführung werde der Wettbewerb intensiviert, wodurch mit einem weiteren Preisverfall zu rechnen sei. Notwendig sei es jetzt innerhalb der EU-Staaten, auch die Finanzpolitik zu koordinieren.

Eine der Voraussetzungen für die Euro-Einführung war die Stabilität der nationalen Haushalte. Diese sei in Deutschland erreicht worden, weil keine zusätzliche Staatsverschuldung erfolgt sei. Der Haushalt wird reduziert, im Jahre 2003 gegenüber dem Jahr 2002 um weitere 0,5 %. Im Jahr 2006 soll der Haushalt ausgeglichen sein.

Die derzeitige wirtschaftliche Lage bewertete Herr Eichel positiv: Im Jahr 2001 hätte es einen Zuwachs an Exporten von 3,6 % gegeben, der Dienstleistungsbereich sei in Deutschland erheblich angestiegen (unerwähnt blieb allerdings, dass wir die geringsten Dienstleistungs- und Selbständigenquote in Europa und auch im Vergleich zu den USA haben). Die derzeitige Krise resultiere aus dem Verfall der ehemaligen DDR-Industrie, der Baukrise und dem Abbau im öffentlichen Dienst. Diese Krise werde überwunden.

Bei der Finanzpolitik sei auch die alternde Gesellschaft zu beachten. Wichtig sei die Erhöhung der Ausgaben für Bildung und Forschung um zukünftig wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Förderung von Ganztagschulen und die Vereinbarkeit von Beruf und Familie seien wichtig, damit gut ausgebildete junge Frauen arbeiten können und sich nicht gezwungen sehen, zu Hause zu bleiben (an dieser Stelle gab es von den wenigen Frauen frenetischen Beifall).

Im seinem Fazit stellte Herr Eichel fest, dass die Bundesregierung ihre Hausaufgaben gemacht habe. Die Staatsverschuldung werde zurückgeführt, die Steuerlast für die Bürger sei gesunken, die Wirtschaft erhole sich.

Mein Fazit: Leider glitt der durchaus interessante Vortrag von Herrn Eichel des Häufigeren in Wahlkampfpropaganda ab.

Sicher ist es gut – und dass Herr Eichel sich in der (fast) vergangenen Legislaturperiode stark dafür eingesetzt hat (UMTS) ist bekannt – dass die Staatsverschuldung zurückgeführt wird. Die finanzielle Stabilität des Staates ist wichtig, auch für die Wirtschaft.

Mir ist jedoch nicht ganz klar geworden, wie die zukünftige Finanzpolitik Europas aussehen soll. Angesichts des Umstandes, dass wir eine gemeinsame Währung und eine gemeinsame Staatsbank (Europäische Zentralbank) haben, sollte m.E. auch die Steuergesetzgebung angeglichen werden. Dies ist bis heute national geregelt, es gibt von Land zu Land unterschiedliche Steuersätze und Steuergesetze, eine Änderung ist hier noch nicht in Sicht.

M.E. fehlt es auch an einer europäischen Wirtschaftspolitik. Gerade in letzter Zeit gab es aus Europa Kritik an der Handhabung der finanziellen Unterstützung insolventer Unternehmen (Philipp Holzmann, Kirch Media u.a.) durch deutsche Landes- oder Bundesregierungen. Wenn der Wettbewerb in Europa durch die gemeinsame Währung gestärkt werden soll, ist es m.E. unabdingbar, diesen Wettbewerb nicht durch nationale Entscheidungen zu verzerren, und stattdessen gemeinsame Regeln zu entwerfen und einzuhalten.

Claudia Stoldt, Rechtsanwältin
(Bundesverband der Frau im freien Beruf und Management)

* Vortrag des Bundesministers der Finanzen, Hans Eichel, auf einer Veranstaltung des Managerkreises Friedrich-Ebert-Stiftung am 27.06.2002

LFR Netzwerk

Frauengesundheit in Bewegung: Zum Beispiel Gebärmutterentfernung Zur Arbeit des Feministischen Frauen Gesundheits Zentrums e.V. Berlin

Das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum existiert seit fast drei Jahrzehnten. Es ist heute u.a. Mitglied im Paritätischen Wohlfahrtsverband und im Arbeitskreis Frauengesundheit in Medizin, Psychotherapie und Gesellschaft e.V. (AKF). Aus dem ehemaligen Selbsthilfeprojekt hat sich einerseits eine Beratungsstelle mit einem breiten Dienstleistungsangebot entwickelt: Egal, ob es um die Portiokappe als Alternative zur Pille, um pro / contra Hormone für die Wechseljahre oder um das Erlernen der Brustselbstuntersuchung geht – zu diesen und vielen anderen Themen wird frau in den Beratungen, Vorträgen und Veröffentlichungen fündig.

Doch wie lässt sich die andere Seite beschreiben, die politische Arbeit, in der es darum geht, Interessen von Frauen in Gesundheitswesen und –politik einzubringen? Am besten wohl an einem Beispiel. Und was bietet sich da mehr an als das heftig diskutierte Thema Gebärmutterentfernung oder besser: die zu häufig und zu schnell ausgeführten Gebärmutterentfernungen?

Die Debatte über die Gebärmutterentfernung begleitet die bundesdeutsche Frauengesundheitsbewegung fast seit ihren Anfängen in den 70er Jahren. Angesichts der Gynäkologie als eine der damals ausgeprägtesten Männerdomänen in der Medizin begann ein zähes Ringen um Einflussnahme und Veränderung mit dem Ziel einer frauengerechteren Gynäkologie. Ein Unterfangen, auf das viele nur mit Kopfschütteln reagierten. Immerhin schienen doch die Gynäkologen durch den Einsatz von Apparatedizin über den Körper der Frau am besten Bescheid zu wissen. Das FFGZ stellte damals Forderungen nach Patientinnenrechten, nach Anerkennung der Kompetenz von Frauen über ihren eigenen Körper und nicht zuletzt nach frauenfreundlichen Behandlungsformen, was auch heißt, überflüssige Operationen zu vermeiden.

Damit wurde das Thema Gebärmutterentfernung zum Politikum. Die Frauengesundheitsbewegung kritisierte, daß die Gebärmutter jenseits ihrer Funktion bei Schwangerschaft und Geburt als überflüssiges Organ angesehen wurde. Nur so ließen sich die Bereitschaft zur Gebärmutterentfernung und die Häufigkeit der Operation erklären. Immerhin entfernten ÄrztInnen jeder dritten Frau im Laufe ihres Lebens die Gebärmutter. Mit öffentlichen Stellungnahmen in der Presse und Flugblättern wandten sich das FFGZ Berlin und andere FFGZs an die Öffentlichkeit. Sie informierten über das Ausmaß der Operationen, über deren mögliche Folgen, die bislang kaum zur Kenntnis genommen wurden, sowie über Indikationen, die eine so große und umfassende Operation kaum zu rechtfertigen schienen. Genannt seien hier nur Myome, die keine Beschwerden machen und folglich keine Operation erfordern; die Vorstellung, mit der Gebärmutterentfernung die Verhütungsfrage nach "abgeschlossener Familienplanung" endgültig zu lösen; und der Gedanke, mit der Gebärmutterentfernung eine Krebsprophylaxe zu betreiben.

Ferner wiesen FFGZ-Mitarbeiterinnen auf Zusammenhänge hin, die die Häufigkeit dieses Eingriffs mitbestimmten. Dazu gehörte die Ausbildungsordnung, nach der jeder Gynäkologe und jede Gynäkologin 40 Gebärmutterentfernungen während der Assistenzzeit vorgenommen haben mussten. Auch ökonomische Gründe schienen eine Rolle zu spielen, da in Ländern, in denen ÄrztInnen nicht nach Leistungen abrechnen, wie Schweden, bedeutend weniger Gebärmutterentfernungen vorgenommen werden.

So wurde eine Diskussion in Gang gebracht, die weite Kreise zog. Heftige Debatten auf unterschiedlichen Ebenen waren die Folge: mit ÄrztInnen, betroffenen Frauen, GesundheitspolitikerInnen und sonstigen Interessierten. Auf Veranstaltungen, in Fernsehbeiträgen, auf Tagungen und in Zeitungsartikeln vertrat das FFGZ seine Positionen. Zugleich entwickelte sich eine kritische Auseinandersetzung unter einigen Ärztinnen und Ärzten, die die Verharmlosung der Gebärmutterentfernung und ihre Häufigkeit aufgriffen und ein Umdenken ihrer KollegInnen forderten.

Darüber hinaus begann die Vernetzung mit Selbsthilfegruppen, ÄrztInnen und anderen Gesundheits- und Fraueneinrichtungen. 1997 befragten wir Chefärzte gynäkologischer Abteilungen in Berliner Krankenhäusern zur Praxis der Gebärmutterentfernung. Die daraus entwickelte Dokumentation wurde einer breiten Öffentlichkeit vorgestellt und zugänglich gemacht.

Der Erfolg dieser politischen Arbeit ist heute sichtbar: Die Öffentlichkeit ist kritischer geworden. In der Zwischenzeit vertritt kaum mehr jemand die Positionen der 70er Jahre, als Gebärmutterentfernung noch als "die Erlösung" für Frauen gehandelt wurde. Frauen hinterfragen inzwischen eher die Notwendigkeit der Operation, sie suchen Beratung und Unterstützung, wenn sie über eine Entfernung ihrer Gebärmutter entscheiden müssen. Und viele ÄrztInnen sind vorsichtiger, wenn es darum geht, diese Operation zu empfehlen. Dementsprechend sind die Zahlen von Gebärmutterentfernungen gesunken. 1998 wurde schließlich die Ausbildungsordnung geändert: Im Leistungskatalog werden die 40 Gebärmutterentfernungen jetzt nicht mehr explizit gefordert.

Die Arbeit geht natürlich weiter. Nach wie vor kommen Frauen in die Beratung, die an der Notwendigkeit einer geplanten Gebärmutterentfernungen ihre Zweifel haben und sich umfassend informieren wollen. Oder die sich nicht mit der pauschalen Hormongabe in den Wechseljahren zufrieden geben.

Die Verbesserung von Diagnostik und Therapie bei Brustkrebs ist ein dringendes Anliegen der politischen Arbeit der letzten Jahre. Neue Herausforderungen stellen sich auch beim Thema Fortpflanzungsmedizin. Dass Frauen und ihr Körper im Zentrum der reproduktions-technischen Verfahren stehen, wird in der Öffentlichkeit und in den Medien kaum berücksichtigt.

Auch nach dreißig Jahren ist es nötig, frauenspezifische Perspektiven und Interessen in die Gesundheitspolitik einzubringen – wir bleiben in Bewegung.

Monika Fränznick, Anne Blezinger

Feministisches Frauen Gesundheits Zentrum e. V. Berlin (FFGZ e.V.)

Bamberger Str. 51, 10777 Berlin

Tel. 030-213 95 97, Fax 030-214 19 27,

E-Mail: ffgzberlin@snafu.de, Internet: www.ffgz.de

Telefondienst: Mo, Di, Do, Fr 10.00 - 13.00 Uhr, Do 17.00 - 19.00 Uhr

Öffnungszeiten: Di und Do 10.00 - 13.00 Uhr, Do 17.00 - 19.00 Uhr

B.F.B.M. - Bundesverband der Frau im freien Beruf und Management

Im B.F.B.M., dem Bundesverband der Frau im freien Beruf und Management, haben sich engagierte Frauen zusammengeschlossen, um ein bundesweites Netzwerk aufzubauen, durch das weibliche Führungskräfte und selbstständige Frauen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik umfassende Förderung erfahren.

Denn immer noch müssen Frauen, die es bis in die Spitzen der Wirtschaft schaffen wollen, gegen eine Vielzahl von Schwierigkeiten und Vorurteile kämpfen. Während ihre männlichen Kollegen kein Wort über Netzwerke verlieren, sondern Kontakte ganz selbstverständlich für ihren beruflichen Erfolg nutzen, finden sich Seilschaften für berufstätige Frauen in Deutschland vergleichsweise selten.

Immer noch kann im Arbeitsleben von Gleichberechtigung keine Rede sein. Die Arbeitslosenquote der Frauen ist höher als die der Männer, Frauen verdienen weniger als ihre männlichen Kollegen, der Anteil von Frauen im Top-Management beträgt auch heute noch weniger als drei Prozent. Immer noch erfahren Frauen, dass weniger ihre Kompetenz als ihr Aussehen und Outfit über die Vergabe von Aufträgen entscheidet.

Vor diesem Hintergrund entstand 1992 die erste Regionalgruppe des Bundesverbandes der Frau im freien Beruf und Management e.V. - kurz: B.F.B.M., unter der maßgeblicher Beteiligung der Kölner Finanzberaterin Barbara Schäfer, um sich ein Forum zu schaffen, sich mit anderen auszutauschen, Erfahrungen weiterzugeben und um sich beruflich zu fördern. Mittlerweile ist der Verband auf rund 300 Mitglieder in 14 Regionalgruppen gewachsen, wobei die Berliner Regionalgruppe sich im Februar 2000 gründete. Die Mitglieder treffen sich regelmäßig zu Vortragsabenden, zum Informationsaustausch und zu verschiedensten Freizeitaktivitäten.

Die Palette der Mitgliedsfrauen ist äußerst bunt gestreut. Im B.F.B.M. sind neben Rechtsanwältinnen, Ärztinnen, Produktmanagerinnen, und Unternehmensberaterinnen auch Journalistinnen, Therapeutinnen und Informatikerinnen aktiv.

Ziele des B.F.B.M.

- 1) Förderung der beruflichen und gesellschaftlichen Gleichberechtigung und Akzeptanz von Frauen in verantwortlichen Positionen als Selbständige, im Management und im freien Beruf
- 2) Aufbau von berufsfördernden Kontakten und Empfehlungen
- 3) Herstellung und Pflege von Kontakten zu anderen gesellschaftlichen Gruppen und Institutionen
- 4) Austausch von Informationen und Erfahrungen aus dem Berufsalltag
- 5) Vermittlung von Informationen von Frauen für Frauen
- 6) Schaffung einer öffentlichkeitswirksamen Interessenvertretung in allen beruflichen, politischen und gesellschaftlichen Bereichen
- 7) Angebote zur Fort- und Weiterbildung
- 8) Entwicklung neuer Lebens- und Arbeitskonzepte

Im Jahr 2002 ist der B.F.B.M. in 14 deutschen Städten aktiv, an der Gründung weiterer Regionalgruppen wird intensiv gearbeitet.

Eine der neuen Aufgaben, die sich der B.F.B.M. gestellt hat, besteht in der Gründung der B.F.B.M.-Akademie. Mitgliedsfrauen und Gästen kann so ein Zugang zu dem vielfältigen Seminarangebot eröffnet werden, das B.F.B.M.-Mitgliedsfrauen bereitstellen.

Internet: www.bfbm.de
Email: berlin@bfbm.de

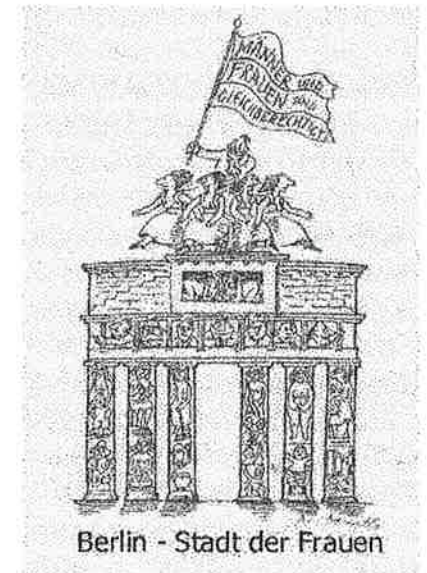
Einladung zum Kongress

Gleichberechtigung – Verfassung und Verfassungswirklichkeit in Deutschland

aus Anlass des 10. Jahrestages des Bestehens der Überparteilichen Fraueninitiative Berlin – Stadt der Frauen

am 23. August 2002, 9.00 Uhr bis 21.00 Uhr

im Berliner Abgeordnetenhaus,
Niederkirchnerstr. 5,
10111 Berlin



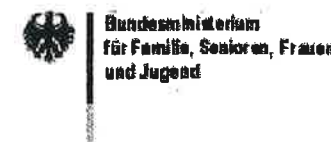
Mit

- Bundesministerin Dr. Christine Bergmann, SPD
- Juliane Freifrau v. Friesen, Berliner Senatorin außer Dienst
- Prof. Dr. Jutta Limbach, Präsidentin des Goethe-Instituts, Präsidentin des Bundesverfassungsgerichts außer Dienst
- Ulrike Helwerth, Vorsitzende des Journalistinnenbundes, Pressesprecherin des Deutschen Frauenrats
- Petra Bläss MdB/PDS, Vizepräsidentin des Deutschen Bundestags
- Monika Knoche MdB/Bündnis 90/Grüne
- Sabine Leutheusser-Schnarrenberger MdB/FDP
- Mechthild Rawert, SPD, Berliner Bundestagskandidatin
- Prof. Dr. Rita Süßmuth MdB/CDU
- Evrim Baba MdA/PDS
- Dr. Sibyll Klotz MdA/Bündnis 90/Die Grünen
- Sibylle Meister MdA/FDP
- Ulrike Neumann MdA/SPD
- René Stadtkewitz MdA/CDU
- Gisela Vollradt, FFBIZ, Vorstandsmitglied der Überparteilichen Fraueninitiative

Das genaue Programm und ein Anmeldeformular finden Sie unter:

<http://www.berlin-stadtderfrauen.de/>

Die Überparteiliche Fraueninitiative dankt dem Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, der Bewag und DaimlerChrysler für ihre großzügige Unterstützung.



Bei Fragen wenden Sie sich bitte an Petra Tesch (e-Mail: tesch@mixx.de,
fon: +49 30- 2 92 42 40)

LFR Nachrichten

ASOG-Änderung soll Opfer häuslicher Gewalt besser schützen

Am 28. Mai beschloss der Berliner Senat den Gesetzentwurf zur Änderung des Allgemeinen Sicherheit- und Ordnungsgesetzes (ASOG).

Bisher war die Polizei darauf angewiesen, Maßnahmen zum Schutz von Opfern häuslicher Gewalt in Form von Platzverweisen oder auf Grund der polizeilichen Generalklausel zu treffen. Nunmehr soll die neue Spezialregelung des §29a der Polizei die Befugnis vermitteln, einen gewalttätigen Partner aus der Wohnung oder aus dem unmittelbar angrenzenden Bereich, wie Flur oder Treppenhaus, zu verweisen, wenn dies zur Verhinderung weiterer drohender Gewalttätigkeiten erforderlich ist.

Unter den gleichen Voraussetzungen erlaubt diese Regelung der Polizei, der gewalttätigen Person das Betreten der Wohnung, aber auch anderer Orte, an denen sich das Opfer regelmäßig aufhalten muss, zu untersagen. So können Opfer häuslicher Gewalt nicht nur vor Nachstellungen und Bedrohungen in der Wohnung, sondern auch auf dem Weg zur Arbeitsstelle oder in den Kindergarten wirksam geschützt werden.

Der Gesetzentwurf schließt so eine Lücke: Bisher fehlte eine spezielle Befugnisnorm für den polizeirechtlichen Schutz vor Gewalttätigkeiten und Nachstellungen des Partners. Die jetzt vorgesehene Möglichkeit der Wegweisung eines gewalttätigen Partners aus der gemeinsamen Wohnung und der gesetzliche Schutz vor Nachstellungen beseitigt diese Unsicherheit in der Rechtsanwendung.

(PARITÄTISCHER Rundbrief Berlin 6/2002)

Familienpolitik prägt den Bundestagswahlkampf

Im Angesicht der nahenden Bundestagswahl entdecken allen Parteien ihr Herz für die Familie, und so avancierte die Familienpolitik zu einem der zentralen Themen des Bundestagswahlkampfes. Zur Entlastung von Eltern mit Kindern versprechen alle Parteien Milliardenprogramme, derer zentraler Bereich vor allem im Ausbau ganztägiger Kinderbetreuungsangebote liegt. Die dbb bundesfrauenvertretung begrüßt die Hinwendung der Politiker zu einer zeitgemäßen Familienpolitik, ist jedoch gespannt, wie die künftige Bundesregierung - in welcher Konstellation auch immer - die große Wende realisieren und vor allem finanzieren will. So bleibt nach den Erfahrungen vergangener Wahlen skeptisch zu beobachten, was die Umsetzung der hehren Pläne angeht. Die dbb bundesfrauenvertretung fordert daher die politisch Verantwortlichen in allen Parteien auf, ihren blumigen Versprechungen auch zeitgemäße und wirkungsvolle Taten folgen zu lassen.

Die wichtigsten Vorhaben zur Familienpolitik aller Parteien im Überblick:

SPD-Bundeskanzler Schröder sieht im Ausbau der Ganztagsbetreuung in Kindertagesstätten und Schulen „ein herausragendes Anliegen für die nächsten Jahre“. Die SPD strebt dazu an, im Einvernehmen mit den Ländern in den nächsten Jahren ein Programm „Zukunft, Bildung und Betreuung“ von Seiten des Bundes über vier Jahre mit jährlich einer Milliarde Euro zu fördern. Schröder plädiert außerdem für eine familienpolitische Allianz, die Tarifpartner, Länder, Kommunen, Kirchen, Wohlfahrtsverbände und andere Träger umfassen müsse, um konkrete Absprachen darüber zu treffen, was gemeinsam zur besseren Betreuung der Kinder getan werden könne. Die SPD will sich des weiteren im Bündnis für Arbeit für eine familienfreundlichere Arbeitswelt einsetzen. Ziele seien hier, Möglichkeiten flexibler Arbeitszeit und moderner Arbeitsorganisation. Wie z.B. Telearbeit sowie Fortbildungsprogramme speziell

während der Elternzeit, damit junge Eltern den Anschluss an die innerbetrieblichen Entwicklungen nicht verlernen.

Außerdem soll das Kindergeld mittelfristig auf den Betrag von 200 Euro angehoben und eine größere Transparenz in der Familienförderung eingeführt werden. Das Ehegattensplitting wird nach diesen Plänen nicht abgeschafft, aber zu Gunsten der Förderung von Kindern umgestaltet. Sich daraus ergebende Steuereinnahmen müssten für Familienförderung und Kinderbetreuung eingesetzt werden.

Auch die CDU/CSU will das Kinderbetreuungsangebot erweitern und bei den Tarifpartnern darauf hinwirken, dass im Rahmen von Tarifverhandlungen oder Betriebsvereinbarungen die Bedürfnisse von Familien mit Kindern stärker berücksichtigt werden. Dazu plant die Union das bisherige Kindergeld stufenweise durch ein neues „Familiengeld“ zu ersetzen, das steuer- und abgabenfrei sowie unabhängig vom Umfang der Erwerbsarbeit und von der Höhe des Familieneinkommens gezahlt werden soll. Die Höhe des Geldes soll 600 Euro für jedes Kind unter drei Jahren sowie 300 Euro für jedes Kind im Alter von drei bis unter 18 Jahren betragen. Für Kinder ab 18 Jahren, die sich noch in der Ausbildung befinden, ist ein Familiengeld in Höhe von 150 Euro geplant.

Außerdem will die CDU/CSU bestehende Benachteiligungen von Frauen in Arbeitswelt, Politik und Gesellschaft beseitigen. So sollen unter anderem bessere Rahmenbedingungen zur Vereinbarung von Familie und Erwerbsarbeit und mehr Qualifizierungsmaßnahmen für Frauen während der Elternzeit geschaffen werden. Die Ausgaben für Kindergärten, Tagesmütter und Nachmittagsbetreuung müssen nach Plänen der Union in Zukunft steuerlich absetzbar sein.

Bündnis 90/Die Grünen setzen ebenfalls vor allem auf die Ausweitung des Betreuungsangebotes von Kindern. So wollen sie flächendeckend das verlässliche Angebot eines Mittagessens in Kindergärten und Kindertagesstätten einführen sowie ein umfassendes Ganztagesangebot an Schulen anbieten. Betreuungskosten sollen ab dem 1. Euro steuerlich abzugsfähig sein. Außerdem wollen die Grünen dadurch den Erzieherberuf aufwerten, dass zukünftig Erzieherinnen und Erzieher auch an Fachhochschulen ausgebildet werden sollen.

Einen weiteren Schwerpunkt setzt das Wahlprogramm von Bündnis 90/Die Grünen bei der Bekämpfung der Kinderarmut in der Bundesrepublik. Hier ist das Modell einer Kindergrundsicherung geplant, in dem einkommensschwache Familien einen Zuschlag zum Kindergeld erhalten und das Kindergeld um bis zu 100 Euro aufgestockt wird. Nach Ansicht von Bündnis 90/Die Grünen sollen die entstehenden Kosten in Höhe von 2,5 Milliarden Euro durch ein konsequentes Abschmelzen des Ehegattensplittings im oberen Einkommensbereich finanziert werden.

Auch die FDP setzt sich für eine Ausweitung und Verbesserung des Angebots von Kinderbetreuungsplätzen ein. Das Angebot an Ganztagschulen soll ausgebaut und an den Grundschulen Betreuungsangebote zwischen 7.00 und 14.00 Uhr geschaffen werden.

Eine generelle Kostenfreiheit von Kindergartenplätzen schließt die FDP jedoch aus. Dafür sollen zukünftig Kinderbetreuungskosten und häusliche Dienstleistungen von der Steuer absetzbar sein. Außerdem plädiert die FDP für die Einführung eines einheitlichen steuerlichen Grundfreibetrages in Höhe von 7.500 Euro für jeden Bürger, so auch für jedes Kind. Das Ehegattensplitting soll nun doch beibehalten werden.

Die PDS schließlich fordert einen Ausbau von Betreuungs- und Freizeiteinrichtungen. Außerdem müssten die Gebühren für alle Bildungseinrichtungen stufenweise bis zur völligen Gebührenfreiheit abgebaut und eine kostenlose Nutzung des öffentlichen Personennahverkehrs für alle Kinder geschaffen werden. Die PDS fordert ein existenzsicherndes Kindergeld, das

im ersten Schritt 205 Euro betragen und dann stufenweise weiter angehoben werden soll. Kinderfreibeträge müssten abgeschafft werden, da sie nach PDS-Ansicht ausschließlich zum Vorteil von Besserverdienenden seien.
(frauen im dbb, 06/05/02)

Mehr Frauen in den Gremien der Bundesrepublik

Einen leichten Anstieg des Frauenanteils in den Gremien der Bundesrepublik vermeldet der kürzlich vorgelegte 3. Gremienbericht der Bundesregierung. Gremien im Sinne des 1994 verabschiedeten Bundesgremienbesetzungsgesetzes sind Vorstände, Beiräte, Kommissionen, Ausschüsse, Verwaltungs- und Aufsichtsräte, kollegiale Organe und vergleichbare Gruppierungen, soweit der Bund für deren Mitglieder Berufungsrecht oder Entsendungsrecht hat. Laut Bundesministerin Bergmann hat sich das Gender Mainstreaming als Leitprinzip auch bei der Besetzung von Gremien zu einem Instrument der Erhöhung des Frauenanteils entwickelt.

Hausarbeit wird in Taiwan künftig entlohnt

Ein überarbeitetes Gesetz in Taiwan hat Hausfrauen gegenüber ihren Ehemännern mehr Rechte eingeräumt. Wie die Nachrichtenagentur dpa berichtete, hat das Parlament in Taipeh im Juni eine Gesetzesänderung verabschiedet, nach der künftig der Hauptverdiener der Familie den Ehepartner für Hausarbeit bezahlen muss. Laut Gesetz sollen die Einkünfte zwischen den Ehepartnern abzüglich der Kosten für den Haushalt geteilt werden. Da in Taiwan überwiegend die Frauen im Haus bleiben und die Kinder aufziehen, wird die Änderung des Gesetzes als ein Sieg für die Frauen angesehen.

Saudischer Rat will keine weiblichen Mitglieder

Saudi-Arabien will trotz ausländischen Drucks auch künftig keine Frauen in seinen Beratenden Rat ('Madschlis el Schura') aufnehmen.

Der Rat habe schon oft Frauen angehört, wenn es bei seinen Sitzungen um Angelegenheiten ging, die Frauen betreffen, und es gäbe nichts, was ihre Anwesenheit bei einer Sitzung verhindern würde", sagte der Generalsekretär des Rates Hamud el Badr. gegenüber Journalisten. Es sei daher nicht notwendig, Frauen als Mitglieder in den Rat aufzunehmen.

Saudi-Arabien hat kein gewähltes Parlament. Der Beratende Rat war 1992 von König Fahd eingerichtet worden. Das Gremium kann Fragen an die Minister stellen und von ihnen Rechenschaft fordern. Die Tatsache, dass dem Rat keine Frauen angehören, ist nach Angaben aus Diplomatengruppen aber nicht der Hauptgrund dafür, dass Saudi-Arabiens Antrag auf Mitgliedschaft in der Inter-Parlamentarischen Union (IPU) in Genf wahrscheinlich demnächst abgelehnt wird.

"Schließlich ist Kuwait Mitglied, und dort sitzen auch keine Frauen im Parlament", hieß es. Dem Antrag Saudi-Arabiens könne nicht entsprochen werden, weil der Rat zwei Mindestanforderungen für die Mitgliedschaft nicht erfülle: Er habe erstens keine gesetzgebende Funktion und zweitens sei er nicht befugt, die Exekutive zu kontrollieren.

LFR Kultur und Medien

Büchertipps

CLIO 54: (Be-)Fundort Unterleib - Pilze, PAP und Co.

Zwei Drittel aller Frauen in der Bundesrepublik Deutschland lassen im Verlauf ihres Lebens mindestens einen gynäkologischen Eingriff vornehmen. Ein großer Teil davon sind Operationen, die nicht unbedingt notwendig sind, nach wie vor ist z.B. die hohe Rate an Gebärmutterentfernungen besorgniserregend. Außerdem setzen sich zunehmend Bauchspiegelungen als "einfache" und schnelle Diagnosemethode gegenüber nicht-operativen Möglichkeiten durch.

Für die meisten Frauen ist ein selbstbewusster Umgang mit Diagnosen und Behandlungsmethoden nicht möglich, denn für eine informierte Entscheidung stehen in der Regel zu wenige Informationen zur Verfügung. Wer weiß schon etwas anzufangen mit Begriffen wie Pap und CIN, Konisation und Embolisation?

Die CLIO. Die Zeitschrift für Frauengesundheit bringt in der Nr. 54 mit dem Thema (Be-)Fundort Unterleib Licht in diesen Begriffsdschungel.

Zentral ist der Artikel zur Krebsfrüherkennung am Gebärmutterhals mit dem sogenannten Pap-Abstrich (Diagnostik und Therapie). Ergänzend dazu werden die Humanen Papilloma Viren thematisiert, die inzwischen als der Hauptfaktor für Veränderungen am Gebärmutterhals gelten. In diesem Zusammenhang werden naturheilkundliche Behandlungsformen wie die Mistel vorgestellt.

Auch in Bezug auf vaginale Infektionen, die – häufig aufgrund von unzureichenden schulmedizinischen Behandlungen – chronisch werden, wird ein anderer Umgang aufgezeigt. Darüber hinaus schildert eine Betroffene eine neue Behandlung von Myomen, die Myom-Embolisation. Als weiteres Thema greift CLIO 54 die Genitalverstümmelung auf und verdeutlicht die Konsequenzen für das Medizinsystem in Deutschland.

„CLIO. Die Zeitschrift für Frauengesundheit“ Nr. 54 ist zu beziehen gegen 3,60 € über den Buchhandel mit der ISSN-Nummer: 0933-0747 oder direkt über das Feministische Frauen Gesundheits Zentrum, Bamberger Str. 51, 10777 Berlin, Tel: 030/ 213 95 97, Fax: 030/ 214 19 27, email: fkgzberlin@snafu.de (zzgl. Versandkosten 1,10 €)

Zwischen Tradition und Moderne. Frauenverbände in der geschichtlichen Kontinuität und im europäischen Diskurs heute

Die von Irina Hundt und Ilse Kischlat herausgegebene Broschüre dokumentiert die Ergebnisse des internationalen Workshops, der am 21. Oktober 2000 im Rahmen der Veranstaltungen anlässlich des 135. Jahrestages der Gründung des Deutschen Staatsbürgerinnen-Verbandes e.V. (DStV) in Berlin stattfand (siehe dazu „Die Staatsbürgerin“, Jubiläumsausgabe, 2001, S. 8-9).

Zur Vertiefung und Ergänzung der auf dem Workshop behandelten Thematik wurden die Referate durch weitere Beiträge von Politikerinnen und Wissenschaftlerinnen ergänzt. Die Dokumentation wird mit den Begrüßungsreden von Ilse Kischlat, der Bundesvorsitzenden des DStV, Gabriele Schöttler, damals Senatorin für Arbeit, Soziales und Frauen, und Johanna Lemke, Ehrenvorsitzende des DStV, eröffnet. Im ersten Teil setzen sich die Artikel mit der

Geschichte solcher Frauenorganisationen wie Allgemeiner Deutscher Frauenverein (ADF) (Susanne Schötz, Astrid Franzke, Inge Grolle und Irina Hundt), Bund Deutscher Frauenvereine (BDF) (Ursula Nienhaus) und Deutsch-Evangelischer Frauenbund (Halgard Kuhn) auseinander. Die internationale Zusammenarbeit der Frauen am Beispiel von Alice Salomon ist Gegenstand der Untersuchung von Adriane Feustel.

Die darauffolgenden Beiträge bilden den von Monika Wissel, Landesvorsitzende Berlin, eingeleiteten zweiten Teil, der den aktuellen Problemen sowohl des DStV (Ilse Kischlat, Ingeborg Mittelstaedt) und seiner Landesverbände am Beispiel des Landesverbandes Baden-Württemberg (Ester Knodel) als auch anderer Frauenverbände in Deutschland (Gisela Gasen, Ellen Becker), den Niederlanden (Elly Lubbers-van Kerkhof), Ungarn (Judit Thoma Asbot), Österreich (Ingrid Tichy-Schreder) und Frankreich (Yvonne Eckert) gewidmet ist.

Zum Schluss werden zwei kulturelle Aktivitäten dokumentiert, die im Rahmen der Jubiläumsfeier veranstaltet wurden: Ein Dialog mit der aus dem Kosmos zu uns eingeflogenen Louise Otto-Peters (M. Azemoun) und der Spaziergang vom Pestalozzi-Fröbel-Haus zum „Frauenkulturzentrum „Begine“ (C. von Gélieu).

Irina Hundt

Die Dokumentation kann in der Bundesgeschäftsstelle des DStV, Tempelhofer Damm 2, 12101 Berlin, bezogen werden unter Tel.: 030/785 89 27 od. Fax: 030/7889 82 44 od. E-Mail: stabue@t-online.de für 3 Euro.

Ich hätte sie gerne noch vieles gefragt

Die in Köln lebende Journalistin und Autorin Ingrid Strobl beschäftigt sich in ihrem Buch mit der Frage, wie Töchter mit dem Tod der Mutter umgehen. Das ohnehin in unserer Gesellschaft tabuisierte Thema Tod ist hier besonders sensibel, weil die Mutter-Tochter-Beziehung eine außergewöhnliche und durchaus ambivalente Beziehung ist und der Umgang mit dem Tod der Mutter Frauen daher besonders schwer fällt. Wie ein roter Faden zieht sich die Beschreibung des Erlebens des Todes der eigenen Mutter durch das Buch, das sich in zwei Teile gliedert.

Im ersten Teil sucht Strobl nach Spuren in der Literatur, die sich mit dem Thema beschäftigt und sie stellt fest, dass es nur wenig Bücher gibt, die das Mutter-Tochter-Verhältnis im Erwachsenenalter thematisieren und noch weniger den Tod der Mutter. Strobl weist darauf hin, dass die literarische Auseinandersetzung in den letzten sieben Jahren zugenommen hat und führt dies darauf zurück, dass die Frauen, die in den siebziger Jahren in der Frauenbewegung aktiv waren und sich zu der Zeit mit der Mutter-Tochter-Beziehung auseinandergesetzt haben, jetzt in dem Alter sind, in dem viele Eltern dieser Frauen sterben.

Anhand einzelner Autorinnen, wie z.B. Virginia Woolf, Nelly Sachs oder Simone de Beauvoir, untersucht Strobl deren Mutter-Tochter-Beziehung und den Umgang mit dem Tod der Mutter und verdeutlicht, welche zentrale Rolle die Mutter-Tochter-Beziehung einnimmt.

Im zweiten Teil des Buches wertet Ingrid Strobl die 20 Interviews aus, die sie mit zumeist Freundinnen und Bekannten geführt hat. Die meisten von ihnen haben studiert und waren zum Zeitpunkt des Interviews zwischen 48 und 54 Jahre alt. Die Interviews gewähren einen sehr persönlichen Einblick in ein sensibles und für jede Frau bedeutendes Thema, unabhängig davon, ob sie ein gutes oder schlechtes Verhältnis zur Mutter hat bzw. hatte. Die Auswer-

tung der Interviews hat Strobl in verschiedene Kapitel gegliedert, die wiederum verschiedene Themenblöcke umfassen. Die Mutter-Tochter-Beziehung zu Lebzeiten wird auch hier eingehend beleuchtet. Eine weitere zentrale Rolle nehmen die Auseinandersetzung mit dem Sterben der Mutter und der Umgang mit dem Tod selbst ein. Ein dritter Komplex beschäftigt sich mit dem Leben "danach"; Trauer, Auftrag und Erbe sowie die Veränderung des Verhältnisses zur übrigen Familie.

Auch in den Interviews wird deutlich, wie ambivalent das Mutter-Tochter-Verhältnis ist und wie schwierig es oft ist, trotz der starken emotionalen Bindung Nähe herzustellen. Sexualität ist in vielen Beziehungen ein Tabuthema gewesen und grundsätzlich bedauern viele der Frauen die mangelnde Kommunikation zwischen ihnen und ihren Müttern. Die Person hinter der Mutter wurde von den Töchtern oft nicht wahrgenommen, was das Heraustreten aus der Tochterrolle für viele sehr erschwert bzw. unmöglich gemacht hat. Erst nach dem Tod der Mutter bekommt die Tochter oft erst genügend Distanz, um sie unabhängig von deren Mutterrolle zu sehen und zu verstehen.

Die Akzeptanz des bevorstehenden Todes der Mutter ist allen Frauen sehr schwer gefallen, selbst wenn er offensichtlich und unausweichlich war. Und unabhängig davon, ob die Töchter beim Tod ihrer Mutter anwesend waren oder nicht, bleibt bei allen das Gefühl, nicht richtig Abschied genommen zu haben. Sie bleiben defizitär zurück, voller Schuldgefühle, sich nicht genügend gekümmert zu haben, der Mutter Verletzungen zugefügt zu haben oder die Krankheit der Mutter nicht "rechtzeitig" erkannt zu haben.

Neben den Schuldgefühlen und Verlassenheitsgefühlen empfinden aber viele den Tod der Mutter auch als Befreiung. Die Tochterrolle kann endlich aufgegeben werden, besonders bei angespannten Mutter-Tochter-Beziehungen lässt der Druck und die Belastung für die Tochter nach, die Eigenständigkeit muss nicht mehr erkämpft und gerechtfertigt werden.

Ohne den Zwang zur Abgrenzung können die Eigenschaften der Mutter nach deren Tod anders eingeschätzt und gelassener hingenommen werden. Ähnlichkeiten mit der Mutter werden nicht mehr abgelehnt, sondern humorvoll betrachtet. Die Bindung zur Mutter wird weitergeführt, indem viele Frauen ein Bild ihrer Mutter in ihrer Wohnung stehen haben, deren Schmuck tragen oder alte Küchenutensilien von ihr benutzen. Darüber hinaus sind alle Frauen der festen Überzeugung, ihre Mutter sei in irgendeiner Form immer noch anwesend und so bleibt sie über den Tod hinaus ein fester Bestandteil des Lebens der Tochter.

Das Buch von Ingrid Strobl erhebt weder Anspruch auf Vollständigkeit noch auf Wissenschaftlichkeit, sondern ist eine sehr persönliche Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und zugleich einem Thema, das alle Frauen berührt. Denen, die den Tod der Mutter bereits erlebt haben, wird das Buch Unterstützung und Hilfe bei der Verarbeitung sein können. Alle anderen können sich sowohl gedanklich als auch emotional einem Tabu nähern, dem sich letztendlich keine Frau entziehen kann.

Katrin Schmidt

Ingrid Strobl:

„Ich hätte sie gerne noch vieles gefragt“
Krüger Verlag, 2002

Aktueller Veranstaltungskalender des LFR-Berlin

26. August, 18⁰⁰ Uhr, Plenarsitzung im Rathaus Schöneberg-Tempelhof. Thema: Verbraucherschutz. Referentin: Frau Ministerin Künast (Ministerium Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft).

Die am 28. Juni abgesagte Frauentour „Marlene Dietrich und die 20er Jahre am Kurfürstendamm“ wurde in den Herbst verschoben. Den genauen Termin erfahren Sie rechtzeitig.

Die Plenarsitzung, die für den 21. Oktober vorgesehen war, wurde auf Montag, den 28. Oktober verschoben. Alle Delegierten werden eine separate Einladung erhalten.

Workshop-Serie zum Thema Persönlichkeitsentwicklung

Der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe, DBfK, hat in seiner Potsdamer Geschäftsstelle ein Workshop-Angebot zusammengestellt. Die Leitung liegt bei den bewährten Trainerinnen Dr. Angela-Gabriela Dürkop (Kommunikationswissenschaftlerin, Heilpraktikerin für Psychotherapie, HPG) und Laura Anders (Diplom-Erziehungswissenschaftlerin), vom INSTITUT MUNDWERK aus Berlin. Beide arbeiten seit 1977 im Bereich Persönlichkeitserweiterung und Kommunikationstraining.

Ziele dieser Workshops sind, die Ein-Stimmigkeit in der Kommunikation mit anderen und mit sich selbst, die Balance zwischen der freundlichen Bestimmtheit und Klarheit im Durchsetzen der eigenen Interessen und gleichzeitig heiterer Gelassenheit miteinander zu verbinden. Es ist ein kräfteschonender Weg, der Energien bündelt und zielgerichtet einsetzt.

Von den insgesamt sieben Veranstaltungen werden in der zweiten Jahreshälfte noch angeboten:

5. Ethik im Alltag: Einführung in die buddhistische Philosophie und Psychologie

18.09.2002, 10.00 – 17.00 Uhr

mit: Dr. Angela-Gabriela Dürkop

Teilnahmegebühr: 90 / 65 □

6. Befreiung von äußerem und innerem Ballast: Vereinfache dein Leben

05.11.2002, 10.00 – 17.00 Uhr

mit: Dr. Angela-Gabriela Dürkop

Teilnahmegebühr: 90 / 65 □

7. Arbeiten und Wohnen in Harmonie: Einführung in Feng Shui

10.12.2002, 10.00 – 17.00 Uhr

mit: Laura Anders

Teilnahmegebühr: 90 / 65 □

Die ermäßigten Gebühren gelten für Mitglieder im DBfK.

Veranstaltungsort: DBfK-Geschäftsstelle, Kreuzstr. 7, 14482 Potsdam-Babelsberg

Anmeldung und Informationen:

Deutscher Berufsverband für Pflegeberufe

Koordinierende Geschäftsstelle der

Landesverbände Berlin-Brandenburg e.V. und Mecklenburg-Vorpommern e.V.

Kreuzstrasse 7, 14482 Potsdam

Tel.: 0331 748883, Fax.: 0331 7488855, e-mail: bbmv@dbfk.de

Für die Entstehung dieser Ausgabe danken wir:

allen Frauen, die einen Artikel geschrieben haben, den Frauen vom Frauenpolitischen Rat Brandenburg, die uns die Wahlprüfsteine zur Verfügung gestellt haben, dem Feministischen Frauen Gesundheits Zentrum für ihren Beitrag, Frau Geisler, die geholfen hat, die ausländischen und inländischen Nachrichten zusammenzustellen, und Anja Feldhorst, die auch am Layout mitgebastelt hat.

Impressum

Herausgeberin:

Landesfrauenrat Berlin e.V.

Tempelhofer Damm 2

12 101 Berlin e.V.

Telefon & -fax: 030 / 785 70 10

e-Mail: lfr-berlin@t-online.de

Redaktion: Petra Steinke

Die mit Namen gekennzeichneten Artikel stellen nicht unbedingt die Meinung des Landesfrauenrates dar.

Das Mitteilungsblatt *Wir Berlinerinnen* kann jede/r abonnieren, auch einzelne Mitglieder der Verbände. Wir bitten um Ihr Verständnis das wir hierfür einen Kostenbeitrag von 15 Euro (für vier Ausgaben pro Jahr) erheben müssen.

Wir freuen uns über jeden Artikel, den Sie uns zum Abdruck in *Wir Berlinerinnen* zur Verfügung stellen, auch Einladungen zu anstehenden Veranstaltungen drucken wir gerne ab. Rufen Sie uns unter 785 70 10 an.

